

„Wenn die Lebensgeister trübe werden“

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über die Erfolgchancen der staatlichen Konjunkturpolitik

Die Konjunkturkrise der 70er Jahre scheint von Dauer zu bleiben. Obwohl der westdeutsche Staat soviel wie nie zuvor zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausgab, sind die Arbeitslosenzahlen immer noch hoch, und Besserung ist nicht in Sicht. Mit der Wirtschaft kamen

auch die scheinbar unerschütterlichen wissenschaftlichen Lehren in eine Krise. Heute streiten sich weltweit die politischen Ökonomen darüber, ob der Staat wirklich gegen alle Beschäftigungseinbrüche etwas tun kann oder muß und ob manche Konjunkturprogramme nicht sogar schaden.

Im Duden, „dem größten Nachschlagewerk der deutschen Gegenwartsprache“ (Duden-Eigenwerbung) mit bislang 17 stets erweiterten Auflagen stehen sie nicht: die Wörter, die seit Jahren die Spalten der Zeitungen überwimmeln und die Reden aller Politiker spicken.

Den Dudengelehrten, die sonst von Aa (Duden: „Kindersprache: feste menschliche Ausscheidung“) bis Zyto-

stoma (Duden: „Zellmund der Einzeller“) alles sammeln und deuten, was leicht oder schwer über deutsche Zungen kommt, sind Vokabeln wie „Wirtschaftswachstum“, „Arbeitslosenquote“, „Lebenshaltungskosten“ entgangen. Daß es ein „Bruttosozialprodukt“ gibt und ein „Preisniveau“ und wie die Wörter getrennt, gebeugt und geschrieben werden, entdeckten die Fachleute für das derzeit gesprochene Deutsch erst in ihrer vorletzten Ausgabe.

Über die Begriffe aus dem national-ökonomischen Fachjargon, die von den Sprachsammlern so lang überhört und übersehen wurden, schreibt der renommierte Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt: Sie hätten inzwischen eine „enorme Geschichtsmächtigkeit erhalten“, sie seien sogar zu „entscheidenden Fakten“ geworden für die demokratische Willensbildung.

Die Höhe des gezählten Bruttosozialprodukts, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und des allgemeinen Preisniveaus, das gemessene und das vorausgesagte Wirtschaftswachstum, die errechnete und die für die Zukunft geschätzte Arbeitslosenquote gelten heute als Maßstäbe für die Befindlichkeit einer Nation. In kaum einer Politikerrede fehlen Hinweise, stolze oder vorwurfsvolle, auf diese Größen. Denn im politischen Tagesgeschäft der Regierenden und auch der Opponierenden zählen sie zu den Zauberformeln, die Wähler betören und Gegner stumm machen sollen.

Und aus dem Sammelsurium der Ziffern und Größen findet sich immer eine für jedweden Bedarf — ein Beweis für jenen, der nationalen Erfolg belegen möchte, wie ein Indiz für den, der nur Mißgeschick und Desaster ausgemacht haben will. So vergißt Bundeskanzler Helmut Schmidt in letzter Zeit selten den Hinweis, daß die Lebenshaltungskosten nur noch um „drei Prozent oder drumherum“ steigen. Darauf sei er „durchaus stolz“, sagt er und fügt hinzu, „das sollten wir alle sein können“.

Doch auch Schmidts Gegenspieler, der Christliche Demokrat Helmut Kohl und der Christlich-Soziale Franz Josef Strauß, Westdeutschlands Oppositionsführer, finden für ihre stete Behauptung, zu Stolz und Zufriedenheit bestehe kein Anlaß, einen scheinbar objektiven Beleg aus dem Zahlenvorrat der Wirtschaftsstatistiker. Als Beweis dafür, wie düster die Lage sei, zitiert Strauß oft und gern, daß die von Experten errechneten Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts seit einigen Jahren nur noch „bescheiden“ ausfallen.

Selbst in jenem Bereich der Politik, der seit jeher als der ganz große gilt, in der internationalen Politik, hantieren die Akteure vorzugsweise mit den gesamtwirtschaftlichen Ziffern aus den Zählapparaten der statistischen Äm-



tz. München

... wichtig ist, daß wir den Pessimismus beseitigen“ (Lambsdorff)

ter. Früher maßen Staatschefs bei den damals raren internationalen Kongressen ihre jeweilige Größe und Bedeutung an der Zahl ihrer Kanonen, Grenadiere und Fregatten ab. Auf den häufigen internationalen Gipfel-Konferenzen von heute, wie letzthin in London oder ein Jahr davor auf dem Antillen-Eiland Puerto Rico und jüngst in Westdeutschlands Hauptstadt Bonn, gewichten Regierungschefs sich selbst und ihre Kollegen nach der Masse an Bruttosozialprodukt, die in den von ihnen vertretenen Staaten ausweislich erwirtschaftet wird.

Das staatsmännische Geschick eines jeden wird abgelesen an einer kurzen Elle: an der jeweils jüngsten Fleißarbeit seiner Rechner über den aktuellsten Stand der Arbeitslosenquote oder den allerneuesten Trend des Wirtschaftswachstums in seinem Land.

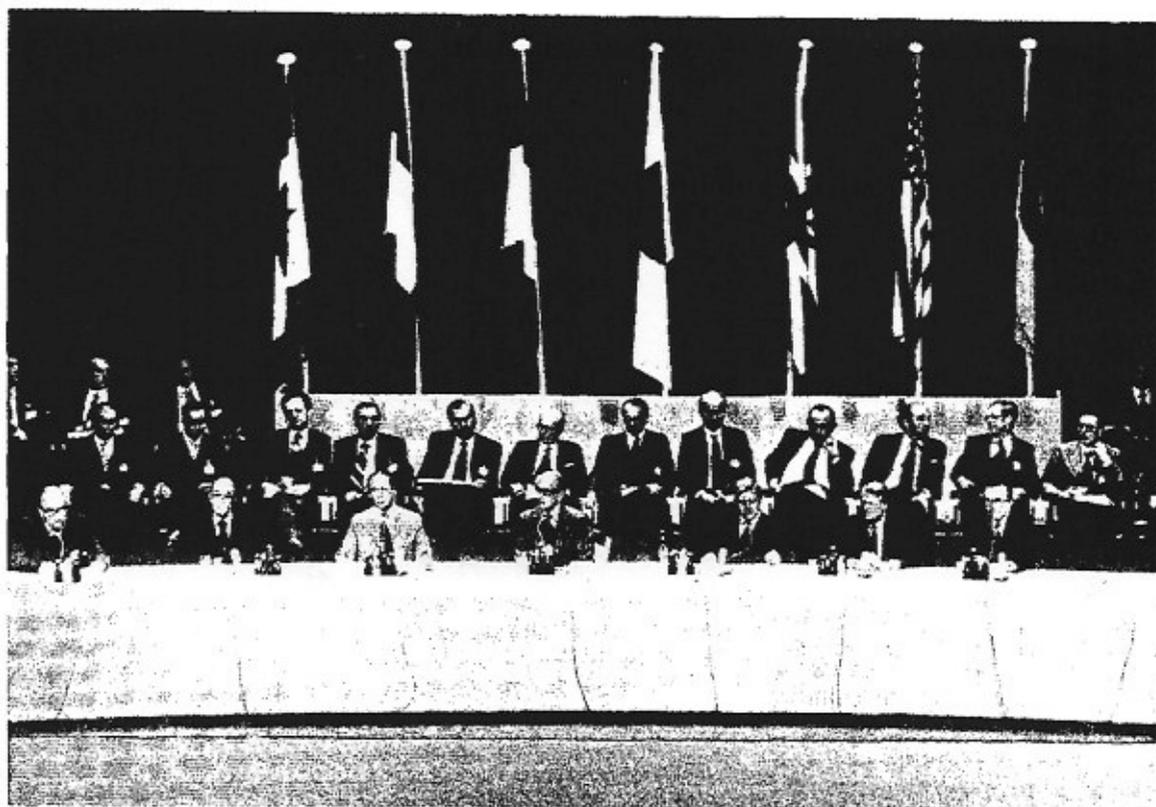
Über die Größen, die derart den innen- wie außenpolitischen Disput in der westlichen Welt von heute beherrschen, hatte der österreichische Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter einmal geschrieben, sie seien nur „eine Fiktion“, nur höchst komplizierte statistische Kunst-Stücke von oft geringem Belang für die Bürger, deren Wohl damit erlassen werden soll.

Denn was die Experten in den statistischen Ämtern regelmäßig als neueste Kennziffern für Befinden, Reichtum und Fleiß der Nation auswerfen, geht oft einem Mogelpaket.

„Reguliert sich das Wirtschaftssystem von selbst?“

Da lassen Regierungen manchmal schummeln, um vor den Wählern schön zu scheitern. So sinken etwa in Frankreich auf rätselhafte Art vor Wahlen Inflationstempo und Arbeitslosenquote. In Österreich, Norwegen und Schweden wird ein Großteil jener, für die der Markt eigentlich keine Stelle mehr hat, ständig vor der Statistik versteckt.

Da führen findige und manchmal auch mutlose Bürger die Fachleute irre. In Westdeutschland beispielsweise reihen sich insbesondere manche Frauen, die gar nicht mehr arbeiten wollen, dennoch in das Heer der Erwerbslosen ein. Denn die Meldung bei



Westliche Regierungschefs*: Die Bedeutung bemißt sich nach der Masse an Sozialprodukt

den Vermittlungsbehörden, deren Bemühen sie leicht frustrieren können (etwa durch die Behauptung, sie bräuchten ausgerechnet einen der raren Teilzeitjobs), ist lukrativ. Sie sichert ihnen erst Arbeitslosengeld (bis zu einem Jahr) und später immerhin eine Fortschreibung der Rentenansprüche auf Kosten der öffentlichen Hand. Andere durchaus arbeitswillige Stellungslose aus der sogenannten stillen Reserve melden sich gar nicht, weil sie vielleicht längst den Glauben an ihre Chance verloren.

Da erliegen die Rechner oft auch der Tücke ihres Objekts: bei ihren Schätzungen des realen Bruttosozialprodukts etwa, der Summe aller in einem Jahr erzeugten Güter und Dienste, und bei ihrer Berechnung des jährlichen Wirtschaftswachstums.

Sie veranschlagen manches als Wohlstandszuwachs, was in Wahrheit nur Last bedeutet. Unverkäufliche und unerwünschte Waren wie jene überflüssigen Milchprodukte, die Westdeutschlands Landwirte kostspielig erzeugen, nur um sie anschließend verrotten oder ans Ausland verramschen zu lassen, werden von den Wächtern der allgemeinen Wohlstandsbilanz auf der Haben-Seite verbucht.

Dann wiederum entgeht ihnen vieles, was wirklich den Lebensstandard der Bürger erhöht. Denn zählen können die Reichtums-Rechner nur jene Güter und Dienste, deren Her- und Bereitstellung dem Fiskus bekannt gemacht wurde. In

manchen südeuropäischen Industrieländern, deren freiheitsliebende Einwohner seit je die Wißbegier wie die Forderungen der Steuerämter für unmoralisch erachten und deshalb häufig umgehen, wird sogar ein beträchtlicher Teil des Erwerbsfleißes von den Statistiken nicht erfaßt. In Italien etwa schaffen, nach Schätzung von Experten rund 20 Prozent der Erwachsenen auf diese Art heimlich ungezählte und unbesteuerte Werte.

Unterdes scheinen auch die westdeutschen Wohlstands-Ziffern, über die sich Bonns Politiker grämen, nicht mehr ganz so echt wie früher zu sein. Denn auch in Westdeutschland wächst der Verdacht, daß den Buchhaltern der Nation, die früher Rekorde, aber letzthin nur noch magere Ziffern (Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im ersten Halbjahr 1978: etwa 2,5 Prozent) auswiesen, mehr und mehr Aktivposten entgehen.

Seit einiger Zeit nämlich gibt es Anzeichen, daß Handel, Handwerk und Gewerbe und auch mancher offiziell Arbeitslose so untätig nicht sind. Sie machen möglicherweise nur mehr Umsatz und Produktion auf italienisch — ohne Meldezettel für Finanz- und Statistikbehörden.

Nur ein Indiz weist auf ihre Geschäftigkeit hin: Die Hüterin des Geldes, die Bundesbank, die sich bis Mitte der siebziger Jahre fest darauf verlassen konnte, daß ein stets wachsender Teil der Westdeutschen seine Ausgaben nicht mit Münzen und Noten, sondern mit Schecks oder Kreditkarten bezahlte,

* Auf der Bonner Gipfelkonferenz im Juli 1978.

muß in letzter Zeit sehr viel mehr Bargeld als früher drucken.

Das spreche dafür, so die Bundesbank, daß die „grauen Zonen des Wirtschaftsverkehrs, in denen Leistungen ohne Steuern und Sozialabgaben erbracht und bar abgerechnet werden“, in letzter Zeit beträchtlich gewachsen seien. Der wahre Wohlstand der Westdeutschen kann somit — wenn die freilich weder beweis- noch widerlegbaren Vermutungen der Währungshüter stimmen — leicht etwas mehr gestiegen sein, als die amtlichen Bruttosozialproduktzähler und mit ihnen Bonns Politiker glauben.

Die gesamtwirtschaftlichen Begriffe, die derart leicht trügen können, und die Methoden zu ihrer statistischen Messung wurden erst vor rund 40 Jahren entwickelt — als Hilfsmittel, um das Auf und Ab im Wirtschaftsleben besser beobachten zu können. Und zugleich mit den Meßgeräten glaubten die Wissenschaftler endlich auch probate Mittel gefunden zu haben gegen Krisen Arbeitslosigkeit und Not.

Das Rezept zogen sie aus der schlichten Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wonach sich das Bruttosozialprodukt aus der Summe aller Käufe zusammensetzt, die von den Konsumenten, den Investoren, den Ausländern (minus Inlandsnachfrage nach importierten Gütern) und den öffentlichen Händen getätigt werden: Wenn der Staat nur immer für gerade genügend Ausgaben sorgte, so die Folgerung, müßten auch alle Fabriken stets ausgelastet und alle Arbeitnehmer immer beschäftigt bleiben.

„Bisher ist der totale Krieg das einzige Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit“, so feierte der britische Ökonom Lord Beveridge 1944 die neue Erfindung. Nun jedoch sei alles ganz einfach, nun könne auch ein friedliches Land seinen Bürgern immer Arbeit und Auskommen bieten — wenn es nur wolle.

Indes, die schöne Theorie hat an Glanz verloren. Längst zwar haben sich alle Regierungen der westlichen Industrieländer dem damals fast revolutionären Credo verpflichtet. Es gibt keinen Wahlkämpfer, keinen Regierungschef, der nicht schon feierlich und fest versprochen hätte, aktiv für Vollbeschäftigung zu sorgen — doch auch fast keinen, der, nachdem er ein Amt erlangte oder wiedergewann, die Worte von gestern gern wieder hört.

Kanzler Schmidt etwa hatte im Wahlkampf 1972, als er noch Wirtschafts- und Finanzminister war, verkündet, er und seine Partei garantierten „das Sichverlassen-Können auf die Stabilität der Beschäftigung“. „Wir wollen“, so hatte er damals gesagt, „keine 600 000 oder 500 000 Arbeitslose.“

Schon 14 Monate nach diesen Sprüchen und nach einer von der SPD fulminant gewonnenen Wahl hatten fast

500 000 Westdeutsche ihre Stellung verloren; und seither ist die Zahl der Arbeitslosen nie wieder auf eine Marge gesunken, die früher, in den 60er Jahren, als üblich und hinnehmbar galt.

Fast vier Jahre lang schon zählen die Ämter, die den Markt für Stellen erforschen, stets um eine Million offiziell Arbeitsloser, im Winter stets mehr, im Sommer ein wenig darunter.

Über vier Jahre auch mühen sich nun die Bonner Regierenden redlich, die Beschäftigung wieder zu bessern. Sie starteten immerhin neun aufwendige

Programme, die den Arbeitsmarkt und die Konjunktur beleben sollten. Bislang jedoch scheint der Erfolg null bis gering zu bleiben. Über der Wirtschaft, so bemerkte Bonns oberster Konjunkturwächter Schmidt resigniert, hänge ein „Dauertief“.

Und so oder ähnlich ist es in fast allen anderen Ländern der westlichen Welt (nur die Vereinigten Staaten haben andere Sorgen). Überall breitet sich Hilflosigkeit aus; Streit im nationalen wie im internationalen Raum kommt auf um die Frage, wer oder was die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik des Staates um den Erfolg gebracht habe.

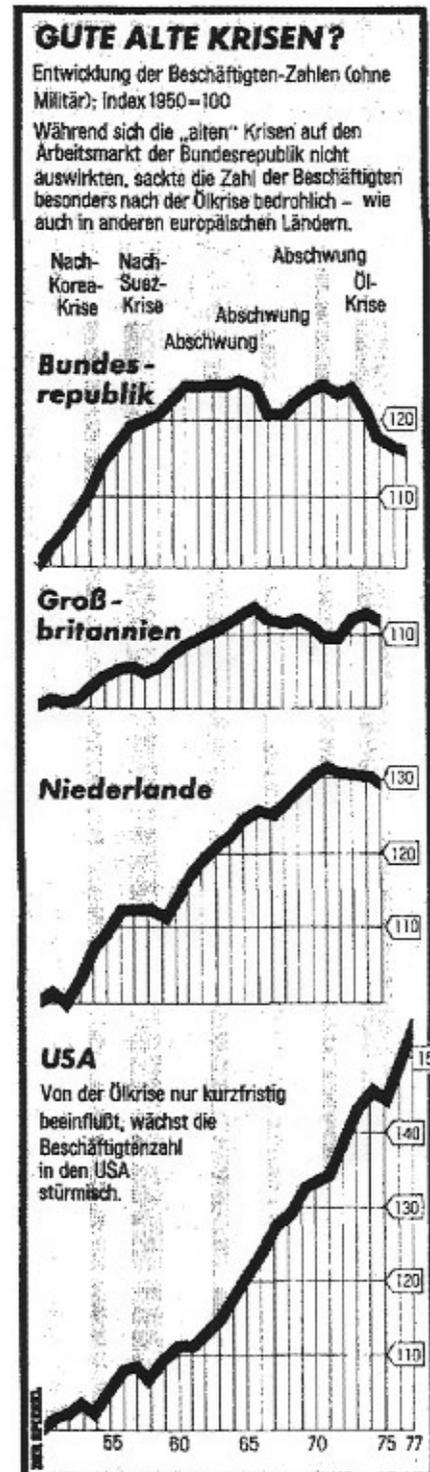
Da glaubt etwa mancher deutsche Politiker, daß die öffentlichen Hände der Bundesrepublik einfach nur nicht genug Geld für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausgeworfen hätten. Es sei, so klagt etwa Diether Posser, Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, „nicht gelungen, die Gemeinden in die konjunkturpolitische Pflicht zu nehmen“. Die nämlich hätten zuviel gespart.

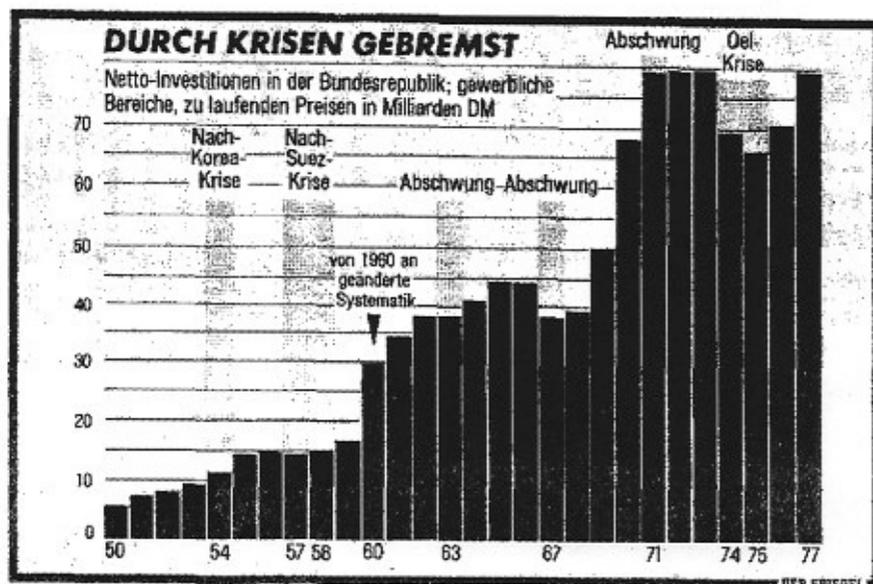
Helmut Schmidt macht „Umbrüche“ draußen in der Welt für das Versagen verantwortlich. Manche seiner Kollegen aus den anderen Industriestaaten wiederum behaupten, an der weltweit mageren Konjunktur seien die Mißerfolge der deutschen Wirtschaftslenker mit schuldig.

Streit kam auf auch darüber, was nun noch getan werden könnte. Die einen, Westdeutschlands Freidemokraten und die Unionsparteien, plädierten für Steuersenkungen. Die anderen, einige SPD-Minister wie Hans Matthöfer (Finanzen) und Volker Hauff (Forschung), wollten statt dessen zwölf zusätzlich geborgte Milliarden für staatliche Investitionen und gezielte Beihilfen an Privatfirmen auswerfen. Und zugleich wächst die Angst, daß auch das bereits beschlossene zehnte Programm zur Konjunktur- und Beschäftigungsstabilisierung, wie immer es am Ende auch geschneidert sein mag, das Ziel verfehlen könnte.

Und auch die Experten scheinen die Unsicherheit und die Angst nicht bannen und den Streit nicht schlichten zu können; auch sie bieten keine einhellige Antwort auf die derzeit drängenden Fragen. Denn die zuständigen Forscher, Ökonomen und politische Philosophen, liegen darüber selbst in Fehde.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung, über die der Baseler Nationalökonom Gottfried Bombach sagte, sie sei „die bedeutendste der letzten beiden Jahrzehnte“, ist weltweit und wirtschaftspolitisch, „ja überhaupt politisch“ (Bombach) von Belang und wahrscheinlich bedeutsamer als der Parteien-Zank um die Verwendung einzelner Konjunkturmilliarden. Die Wissenschaftler streiten nämlich um die Lösung jener Frage, die der briti-





sche Ökonom John Maynard Keynes schon vor rund 40 Jahren so formulierte: „Reguliert sich das Wirtschaftssystem von selbst?“

Sorgt also die Mechanik der kapitalistischen Marktwirtschaften automatisch dafür, daß auf Dauer jedenfalls alle angebotenen Güter abgesetzt werden, daß alle wirklich arbeitswilligen Stellungsuchende (wenn vielleicht auch mit einiger Mühe) einen Job finden und alle verfügbaren Quentchen Kapital auch eingesetzt werden können? Ist mithin die staatliche Konjunkturpolitik überflüssig, vielleicht sogar schädlich?

Und beide Fraktionen — jene, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen, wie jene, die glauben, ohne staatliche Eingriffe versänke die westliche Welt krisengeschüttelt in einer Apokalypse — scheinen gute Beweise zu haben.

Die Gesellschaft zog sich am eigenen Schopf aus der Krise heraus.

Da gibt es etwa die vielen Jahrzehnte der ferneren und der näheren Vergangenheit, in denen sich kapitalistische Wirtschaften ganz von selbst aus Tiefs, verursacht durch Mißernten, politische Erschütterungen oder Börsenpaniken, wieder herausrappelten, und zwar oftmals erstaunlich schnell.

In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, zwischen 1880 und 1914, beispielsweise, als es eine staatliche Konjunkturpolitik noch gar nicht gab, erlebte das Deutsche Reich fünf kleinere und größere Konjunkturreinbrüche. Und der Klöppel des Totenglöckchens für den Kapitalismus, dessen Schlägen heutige wie gestrige Linke in solchen Fällen erhoffen, hat sich jedesmal nicht einen Millimeter bewegt. Denn aus allen Rezessionen und Depressionen kam die Wirtschaft dank einer Selbststeuerungsanlage, die in der ökonomischen Fachsprache „Preismechanismus“ heißt, wieder heraus.

So war es etwa 1891, als eine Mißernte die Konjunktur verhagelte. Innerhalb kurzer Frist schien damals jener verhängnisvolle, von allen heutigen Wirtschaftslenkern gefürchtete Zirkel zu entstehen, der immer damit beginnt, daß in irgendeinem Winkel der Ökonomie aus irgendeinem Grund die Ausgaben sinken. Weil aber die Ausgaben des einen Bürgers für einen anderen Einnahmen sind, droht dann die gesamte Wirtschaft in einem Strudel zu versinken. Damals lief das so:

- ▷ Weil die Hektarerträge etwa im Weizenanbau um fast 14, bei Kartoffeln sogar um über 20 Prozent fielen, stiegen die Nahrungsmittelpreise; Brot etwa wurde um 14, Gemüse um über 20 und Kartoffeln um über 30 Prozent teurer.
- ▷ Weil daraufhin die reichsdeutschen Verbraucher, die höheren Brot- und Kartoffelpreisen noch nicht so schadlos wie heutige Konsumenten einfach durch Fastenkuren ausweichen konnten, plötzlich einen größeren Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel hergeben mußten, blieb in ihrem ohnedies knappen Budget (damaliges Nettosozialprodukt pro Kopf in Preisen von 1962: rund 1830 Mark im Jahr) für den Kauf anderer Waren weniger Platz: Während die Ausgaben aller privaten Haushalte für das Essen innerhalb von zwei Jahren (von 1890 bis 1892) um fast zehn Prozent stiegen, blieben die Beträge, die für Möbel, Hausrat und Bekleidung verwendet wurden, konstant oder sanken sogar.
- ▷ Weil die Konsumenten für industrielle oder handwerkliche Produkte weniger ausgeben konnten und außerdem auch noch die Landwirte, deren Einkommen trotz ihrer mächtigen Preiserhöhungen schlagartig um über sechs Prozent sanken, weniger für Maschinen und Geräte erübrigten, sackten in der gewerblichen

Zum Thema Tee

Direktion West

F1-



Hans-Jürgen Heyde, Feuerwehrmann:

„Nachts kann Feuerwache sehr lang sein. Guter Tee macht sie ein bißchen kürzer.“

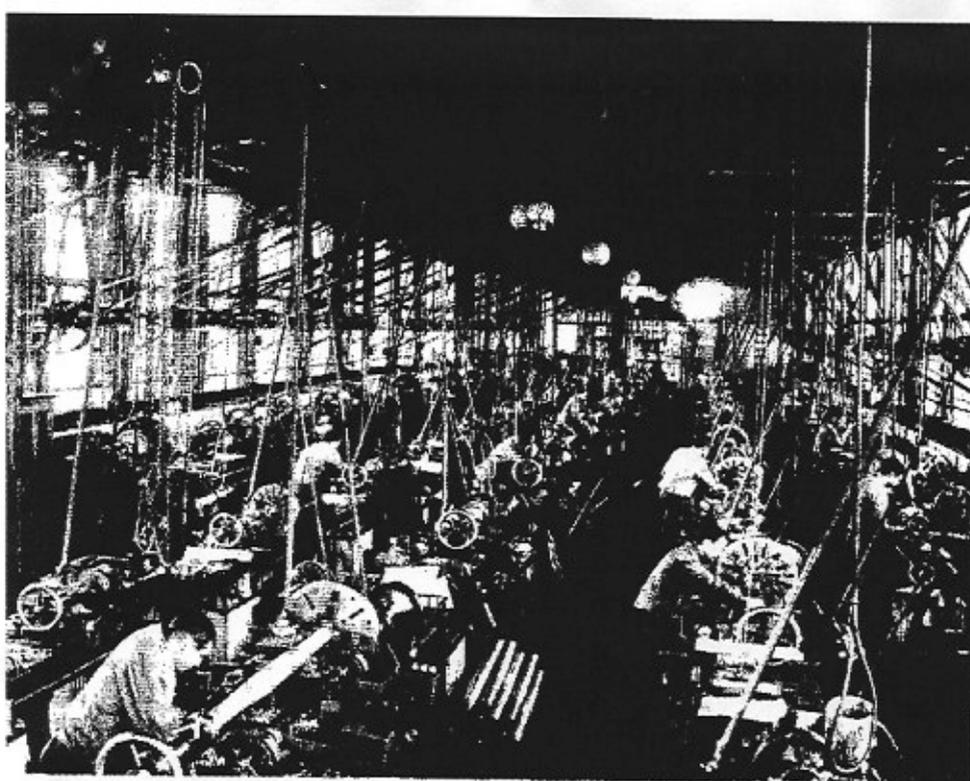
Schwarzer Tee, das anregende Getränk mit 3 Tugenden:

- belebend
- leicht zu bereiten
- preiswerter

Richtig stark schmeckt er am besten!

Guter Tee aus Indien und Ceylon

Das Deutsche Teebüro, 2 Hamburg 1, Steindamm 9



Deutsche Industrie um 1900*: „Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ...



... lag bei nur 2,4 Prozent*: Arbeitersiedlung um 1900*

Wirtschaft zwei Jahre nacheinander die Gewinne: 1892 verdienten die Industriellen und die selbständigen Handwerker an ihrem eingesetzten Kapital elf Prozent weniger als zwei Jahre zuvor.

- ▷ Weil die Gewinne sanken, schwanden auch die Investitionen. Die Ausgaben für gewerbliche Investitionen fielen innerhalb von zwei Jahren um 58 Prozent.

Angesichts eines solchen Krisenpanoramas würden viele der heutigen Experten das befürchten, was sie „einen

* Oben: Mechanische Werkstatt von Krupp; unten: Krupp-Kolonie in Essen, I.: Kaiser Wilhelm II.

sich selbst verstärkenden Abschwung“ nennen — jene teuflische Situation, in der alle, vorzugsweise alle Unternehmer, aus panischer Angst, daß die eigenen Einkommen ewig niedrig bleiben, nichts mehr zusätzlich kaufen und sich dadurch nur alle gegenseitig um Erwerb, Gewinn und Arbeitsplatz bringen.

Doch damals Anno 91/92 lief alles ganz anders. Dadurch, daß alle Verkäufer, die Verkäufer von Arbeitskraft inbegriffen, ihre Preise der Lage anpaßten, zog sich die Gesellschaft am eigenen Schopf aus der Krise heraus.

Zuerst sanken die Preise all jener Waren, für die Konsumenten nicht mehr soviel Geld wie zuvor ausgeben

konnten: Möbel wurden innerhalb von zwei Jahren um zwölf, Textilien um rund fünf Prozent billiger, Folge: Die Kunden konnten mit weniger Geld teilweise sogar mehr Waren als früher kaufen. Weil mithin die Produktion in allen Industrie- und Gewerbezweigen nicht oder zumindest nicht so stark schrumpfte wie das Budget der Kundschaft, wuchsen auch die Arbeitslosenzahlen nicht in den Himmel.

Dann begannen in den Unternehmen, die an jedem verkauften Stück weniger als zuvor verdienten und das nicht lange hätten durchhalten können, die Kosten — insbesondere die Lohnkosten — noch stärker zu fallen als zuvor die Preise ihrer Produkte. Die Löhne, die bis dahin stets gestiegen waren (zwischen 1885 bis 1891 um durchschnittlich 2,6 Prozent jährlich), stagnierten einige Jahre lang, obwohl die Produktivität, die Leistung je Arbeitstag oder -stunde, weiter wuchs. Und damit war die Krise beendet, denn damit stiegen wieder die Gewinne, die Investitionen und die Beschäftigung.

Auf ähnliche Art kam die reichsdeutsche Wirtschaft auch aus allen anderen Krisen völlig selbsttätig wieder heraus. So war es 1901, als die Fallissements einiger Bau- und Börsenspekulanten und der anschließende Konkurs einiger Banken die Konjunktur in die Flaute gebracht hatte. Und so war es nach dem Herbst des Jahres 1907, als eine schwere Dollarkrise und Bankzusammenbrüche in Amerika auch die deutschen Börsen und die deutsche Wirtschaft erschütterten.

Der erste Bundesfinanzminister wollte keine Konjunkturpolitik treiben.

Stets konnten die Unternehmen ihren Absatz, wenn er durch sinkende Kaufkraft der Kunden bedroht war, ohne Staatshilfe wieder liften; einfach dadurch, daß die Produkte, die weniger Kundschaft fanden, billiger wurden oder zumindest nicht soviel im Preis stiegen wie andere, begehrtere Waren.

Und genauso versuchten die Arbeitnehmer für ihre Beschäftigung selber zu sorgen: Immer wenn die Gewinne ihrer Patrone sanken, der Stellenmarkt also flau war, begnügten sie sich damit, daß ihr (realer) Lohn etwas weniger wuchs als ihre Leistung.

Die privaten Konjunktur- und Beschäftigungsmaßnahmen scheinen außerordentlich erfolgreich gewesen zu sein. Die Beschäftigungseinbrüche, das fand der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt heraus, waren „meist relativ kurzfristig“, so kurzfristig, „daß die durchschnittliche Arbeitslosenquote zwischen 1887 und 1913 (nur) 2,4 Prozent betrug — bei einem jährlichen Zuwachs der Beschäftigten von 1,8 Prozent“ (Borchardt).

Jetzt schon ist heinah gewiß, daß die staatlichen Beschäftigungspolitiker der

Neuzeit, die emsigen Konjunkturlenker der siebziger und der achtziger Jahre, nicht mit solchen Erfolgsziffern in die Wirtschaftsgeschichte eingehen werden. Sie müßten in den nächsten zwölf Jahren zusätzlich rund zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen und jeden Konjunkturreinbruch vermeiden, wenn über die Spanne zwischen 1970 und 1990 einmal geschrieben werden soll, daß die Arbeitslosenquote im Durchschnitt nur bei knapp über zwei Prozent lag.

Fast noch erfolgreicher als in den ganz alten Zeiten, die schon deshalb so gut nicht waren, weil auch eine ganz kurze Frist ohne Job für die Betroffenen oft Not, manchmal sogar Hunger bedeutet hatte, funktionierte die Selbststeuerung der Wirtschaft im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg — zumindest in Westdeutschland.

Damals hatte der Finanzminister Fritz Schäffer (im Amt 1949 bis 1957) bindend für sich und einige seiner Nachfolger erklärt, „daß der Bundesfinanzminister es nicht als seine Aufgabe betrachtet, von sich aus Konjunkturpolitik zu betreiben“. Sein Kollege Ludwig Erhard, erster Wirtschaftsminister (1949—1963) und zweiter Kanzler (1963—1966) der Republik, hatte sogar behauptet, schon der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, mit deren Hilfe überhaupt festgestellt werden kann, ob und um wieviel das Sozialprodukt gewachsen oder gesunken ist, hafte „der penetrante Geruch der Erfüllung von Plan-Solls an“.

Die sich selbst überlassene westdeutsche Wirtschaft der fünfziger Jahre, über deren Auf und Ab kein Bonner Lenker wachte, parierte zwei internationale Konjunkturrückschläge so schnell und so elegant, daß sie keine oder fast keine Spuren am Arbeitsmarkt hinterließen und niemandem, außer den Experten, im Gedächtnis blieben.

„Schlagt gut Geld, schlägt gute Wege, im übrigen laßt uns machen.“

Die Konjunkturforscher notierten in den fünfziger Jahren einen milden weltweiten Abschwung (1953/54) und eine internationale „Maxirezession“ (der Kieler Ökonom Herbert Giersch über den Einbruch 1957/58). Und beide trafen Länder wie die USA und England, deren Regierungen sich längst zu einer aktiven Beschäftigungspolitik verpflichtet hatten, viel härter als die damals konjunkturlenkerlose Bundesrepublik.

Als Mitte 1953 der Koreakrieg beendet worden war (Waffenstillstand 27. Juli 1953) und damit die weltweit streuenden Kriegsausgaben beider Parteien ausfielen, sackten kurzfristig auch in wichtigen westdeutschen Branchen, wie im Maschinenbau und in der Stahlindustrie, die Bestellungen um bis zu zwölf Prozent.

Doch bevor das Krisenkarussell, bei dem auf verringerte Einnahmen in der

einen Branche sinkende Gewinne in einer anderen und am Ende steigende Arbeitslosenziffern folgen, richtig in Gang kam, war es auch schon wieder gestoppt.

Weil die realen Stundenlöhne von Mitte 1953 bis Mitte 1954 nur noch um 1,7 Prozent, die Leistung je Arbeitsstunde jedoch um rund fünf Prozent stiegen, konnten die vom Waffenstillstand im fernen Panmunjon geschädigten Maschinenbauer und Stahlerzeuger mit niedrigeren Preisen um Kunden werben — ohne Verlust und ohne nennenswerte Verringerung der eigenen Investitionen.

Die Nach-Koreakrise, die in den USA 1,7 Millionen beschäftigungslos machte, kostete keinen einzigen deutschen Arbeitnehmer den Job. Im Gegenteil: 1953 und 1954 wurden insgesamt 1,14 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, das Sozialprodukt wuchs in beiden Jahren jeweils um über sechs Prozent. Und anders als in England, wo der schon damals zur Beschäftigungspolitik verpflichtete Schatzkanzler aus Krisenangst mit vielen neugedruckten Pfunden die Inflation anheizte, sanken in der Bundesrepublik auch noch die Lebenshaltungskosten.

Auf ähnliche Art lief die viel tiefere weltweite Rezession, die 1957 nach dem mißglückten Suez-Kurzkrieg der Engländer und Franzosen (gegen Ägypten, das den Suezkanal verstaatlicht hatte) und einer anschließenden Währungskrise begann. In Schweden und in England, in den Vereinigten Staaten und in Norwegen, überall dort, wo seit Jahren schon die Konjunktur und die Beschäftigung staatlich beobachtet, beaufsichtigt und gelenkt wurde, sank oder stagnierte das Brutto-sozialprodukt. Die Zahl der Beschäftigten sank in all diesen Ländern beträchtlich (siehe Graphik Seite 90).

In der westdeutschen Wirtschaft aber, die gewohnt war, ihre Absatzprobleme dezentral durch Preis- und Kostenanpassung selber zu lösen, blieb der Effekt dieser Krise gering: die Arbeitslosenzahl lag nur in einem Quartal, im Frühjahr 1958, über den Vorjahresziffern (saisonbereinigt um 125 000 = 0,5 Prozent der Beschäftig-



Krisen-Ursache Koreakrieg: Die Ausgaben streuten weltweit

ten). Das Bruttosozialprodukt wuchs um rund drei Prozent.

Die Boom- und Baissegeschichten von früher und ganz früher bewiesen — so behauptet der US-Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman, der Anführer einer intellektuellen „Gegenrevolution“ (Friedman) gegen die heute gängigen Konjunkturrezepturen —, daß die private Wirtschaft im Grunde stabil sei. Sie absorbiere, so fügte der Schweizer Volkswirt Karl Brunner hinzu, leicht viele „Schocks“ und forme sie um „in eine stabilisierende Bewegung“.

Aus der Historie leiten Friedman und seine Kollegen ab, daß als bester wirtschafts- und konjunkturpolitischer Rat auch heute noch das zu gelten habe, was ein erfahrener französischer Kaufmann vor rund 200 Jahren seinem Wirtschaftsminister und seinem Staatschef empfahl: „Schlagt gut Geld,

nicht — das ist unbestritten und unbestreitbar — durch die Mechanik des Marktes bewältigt und abgebremsst.

Sie ist bis heute das schreckliche Lehrbeispiel dafür, was eine außer Rand und Band geratene Ökonomie anrichten kann: Zwischen 1929 und 1933 verloren in der westlichen Welt zig Millionen Arbeitnehmer ihren Job. Allein in Deutschland waren es 6,2 Millionen (33,4 Prozent aller Arbeitnehmer), in Großbritannien war auf dem Höhepunkt der Krise jeder dritte, in den USA jeder vierte vormals Erwerbstätige stellungslos.

Fabriken lagen still, Montagebänder verrotteten; alles, was eigentlich zur Erhaltung des Vermögens dienen sollte, wurde statt dessen verzehrt — die Netto-Investitionen sanken deshalb weit unter den Nullpunkt; das Wort Gewinn wurde in allen Sprachen der westlichen

Alles, was dann kam, hat dort seine Wurzeln: der Protektionismus, jener damals überall praktizierte Zwang, möglichst nur einheimische Waren zu kaufen, ein Zwang, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch Schaden stiftet, weil er Feindseligkeit und Nationalismus weckt; die deutsche Politikkarriere eines österreichischen Postkarten-Malers mit kriminellen Wahnideen und damit schließlich ein zweiter Weltkrieg.

Nur: Ist die große Krise wirklich ein Fall, der beweist, daß die Marktwirtschaft nicht funktioniert, wenn sich der Staat darauf beschränkt, das Geldwesen und die Infrastruktur in Ordnung zu halten?

Ist sie wirklich ein Indiz für die These, das kapitalistische System neige, einem Hysteriker gleich, hin und wieder zu Tobsuchtsanfällen?

Spricht mithin die Erfahrung von gestern dafür, daß auch derzeit ein derartiger Anfall (allerdings von weisen Staatsmännern gezähmt und gemildert) im Schwange sein könnte — wie Helmut Schmidt stets dadurch anzudeuten versucht, daß er behauptet, die gegenwärtige Dauer-Rezession sei über die Deutschen gekommen wie Blitz oder Regen und verdiene das Katastrophen-Etikett „Weltwirtschaftskrise“?

Die Geldpolitiker taten genau das Falsche.

Viele Forscher haben die Fragen schon hin- und hergewendet und Statistiken aus Gewerkschafts- und Unternehmensarchiven gewälzt. Das Ergebnis bislang: Wenn alles, vor allem die Politik versucht hätte, so regelgerecht zu funktionieren wie die private Wirtschaft, dann wäre der Konjunkturreinbruch von 1929 wahrscheinlich ein kurzfristiges Spektakel geblieben, „eine scharfe, aber nicht außergewöhnliche Kontraktion“ (Friedman).

Als in den USA im Oktober 1929 die Börse krachte, als viele große und noch viel mehr kleine Anleger, die bei stürzenden Kursen panisch ihre Papiere verkauft hatten, einen Teil ihres Vermögens verloren und mithin ihre laufenden Ausgaben einschränkten, trat zunächst — so beobachtete der Ökonom Joseph Alois Schumpeter — „nicht viel mehr ein, als man vorausgesehen hatte: nämlich ein drastisches Nachlassen der Nachfrage nach Luxusgütern“ — nach jenen Waren also, wie beispielsweise Autos, die zuvor allein von den relativ Wohlhabenden gekauft worden waren.

Die Selbst-Steuerung des kapitalistischen Systems begann prompt zu funktionieren: Der Automobilkonzern Ford beispielsweise kündigte eine „wesentliche Preissenkung“ (Schumpeter) an. Und genauso versuchten andere US-Industrien, ihre Warenpreise an die gerin-



Wirtschaftspolitiker Erhard: Angst vor penetrantem Geruch

schlagt gute Wege, und im übrigen laßt uns machen.“ Es ist ein Rezept, das schon deshalb so schlecht nicht klingt, weil nach aller geübten Erfahrung die Weisheit von Politikern und Beamten und ihr Geschick, für das allgemeine Wohl zu sorgen, bezweifelt werden darf.

Doch da gibt es immerhin ein Experiment der Geschichte, das der anderen Gelehrtenfraktion recht zu geben scheint — jenen politischen Ökonomen also, die fürchten, die Mechanik der Märkte könne nur allzuleicht einmal versagen, die manchmal sogar glauben, über den westlichen Wirtschaften schwebte der nur durch stets wachsame Konjunkturlenker bannbare Fluch, sich selbst, dazu den Rechtsstaat und die Demokratie zu zerstören.

Denn die größte ökonomische Katastrophe, die es je gab, die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, wurde

Welt zu einer fremden Vokabel. In Deutschland etwa addierte sich 1932 die Gesamtsumme der Unternehmer-einkommen zu einem Verlust von 7,3 Milliarden Mark.

Es war wie ein Irrwitz, so als ob ein verrückter Börsendirektor Käufer und Verkäufer vor dem Portal sorgfältig voneinander trennt und dann jede Gruppe in einen anderen Raum schließt. Jeder hatte etwas anzubieten. Ware oder Arbeitskraft, und jeder hätte gern die Güter oder die Dienstleistungen des anderen gehabt. Doch Angebot und Nachfrage trafen sich nicht.

Überall sank deshalb die Industrieproduktion (in Deutschland von 1929 bis 1932 um 42 Prozent) und das reale Sozialprodukt (Deutschland 1929 bis 1932: minus 20 Prozent). Der Welthandel schrumpfte auf ein Drittel seines Volumens; die kapitalistischen Länder waren ärmer als rund 30 Jahre zuvor.

geren Ausgabe-Möglichkeiten ihrer Kundschaft anzupassen.

Die Stundenlöhne der Arbeiter sanken zwar nur ganz wenig, aber doch so viel, daß den Unternehmen auch bei niedrigeren Stückpreisen nach Abzug der Stückkosten noch etwas Gewinn zum Überleben verblieb. Folge: Schon Anfang 1930 bemerkten die Chronisten der Zeit „Zeichen der Besserung an vielen Stellen“ (Schumpeter). Die Industrieproduktion und die Beschäftigung stabilisierten sich wieder, stiegen sogar ein bißchen.

Doch dann kam die Politik ins Spiel: Die amerikanische Notenbank kürzte den Unternehmen und den Bankiers drastisch die Barschaft. Die sogenannte Zentralbankgeldmenge (Bargeld und Guthaben privater Banken bei der Währungsbehörde) fiel zwischen November 1929 und Juni 1930 um 3,4 Prozent. Zunächst versuchten die Banken, die Folgen der Geldknappheit für ihre Kredit-Kunden dadurch zu mindern, daß sie etwas geringere Reserven für eventuelle Barabhebungen bereithielten. Doch damit war das Desaster nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Im Gegenteil, die Kreditinstitute wurden geschwächt und brachen um so schneller zusammen, als dann der erste Run (Oktober 1930) kam, als alle Amerikaner plötzlich das knappe Geld nicht mehr auf dem Konto, sondern in der Tasche, in der Matratze oder unter dem Bett aufbewahren wollten. Und wieder taten die Geldpolitiker genau das Falsche, sie machten Dollars noch rarer.

Sogar die Hoffnung war tot.

Mit dem immer knapperen Geld konnte die laufende Produktion zu den ohnedies schon gekürzten Preisen nicht mehr abgesetzt werden, also fielen die Preise noch mehr: Die Arbeitnehmer, deren Löhne damit eine höhere Kaufkraft bekamen, real also stiegen, versuchten verzweifelt, sich billiger zu machen, um ihren Chefs die Pleite und sich selber die Erwerbslosigkeit zu ersparen. Doch nichts half. Wenn die Nominallöhne sanken, sackten die Preise, gedrückt von den Notenbankiers, noch stärker.

Die Ereignisse während der großen Krise „waren eine Konsequenz institutioneller Mängel und horrender politischer Fehler“, so urteilt der austro-amerikanische Ökonom Gottfried von Haberler, „sie hatten nichts mit grundlegenden Schwächen und Widersprüchen der modernen kapitalistischen freien Marktwirtschaft zu tun“.

Die Liste der politischen Fehler ist lang und gewichtig. Da führte etwa der US-Präsident Herbert Hoover Mitte

* Oben: New Yorker Wallstreet; unten: 1931 in Schloß Herrenhausen mit dem preußischen Innenminister Carl Severing



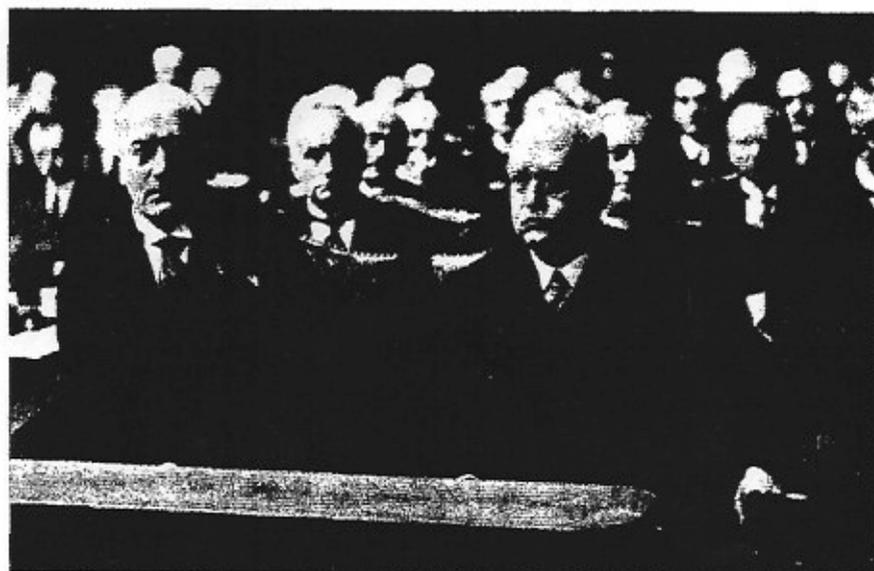
Börsenkrach von 1929*: Zunächst nur den Absatz von Luxusgütern gedrückt

1930 noch einen hohen Zollschutz gegen Importwaren ein, obwohl das amerikanische Preisniveau dank der Bremspolitik der Notenbank schon so niedrig war, daß die ausländischen Produkte ohnedies nicht mehr mit den einheimischen Waren konkurrieren konnten. Folge: Die anderen Länder, die damit noch mehr unter der hausgemachten US-Depression als zuvor litten, führten ihrerseits hohe Zölle ein, und damit verringerte sich der Welthandel und die internationale Arbeitsteilung.

Da ließen die Amerikaner, die durch ihre niedrigen Export-Preise und ihre verminderten Einfuhren einen Überschub in der Zahlungsbilanz hatten und dafür Gold von den Ausländern beka-

men, das zusätzliche Edelmetall ungenutzt in den Tresoren lagern. Sie verstießen damit gegen die Regeln des damaligen Währungssystems (Gold-Devisen-Standard), die eigentlich vorsahen, daß ein Land für jedes zusätzliche Quentchen Gold auch mehr Geld druckt, so erst die Wirtschaft, dann die Einfuhren ankurbelt und damit schließlich die Edelmetallzufuhr automatisch stoppt.

Folge des Regelverstoßes: Die anderen Länder, die Handelspartner der Amerikaner, erlitten außergewöhnlich langanhaltende und außergewöhnlich hohe Gold-Verluste. Sie mußten daraufhin ihren Banknoten-Umlauf, der von der Höhe des Gold- und Devisen-



Wirtschaftspolitiker Brüning (l.), Luther (r.):* Das importierte Übel verschlimmert

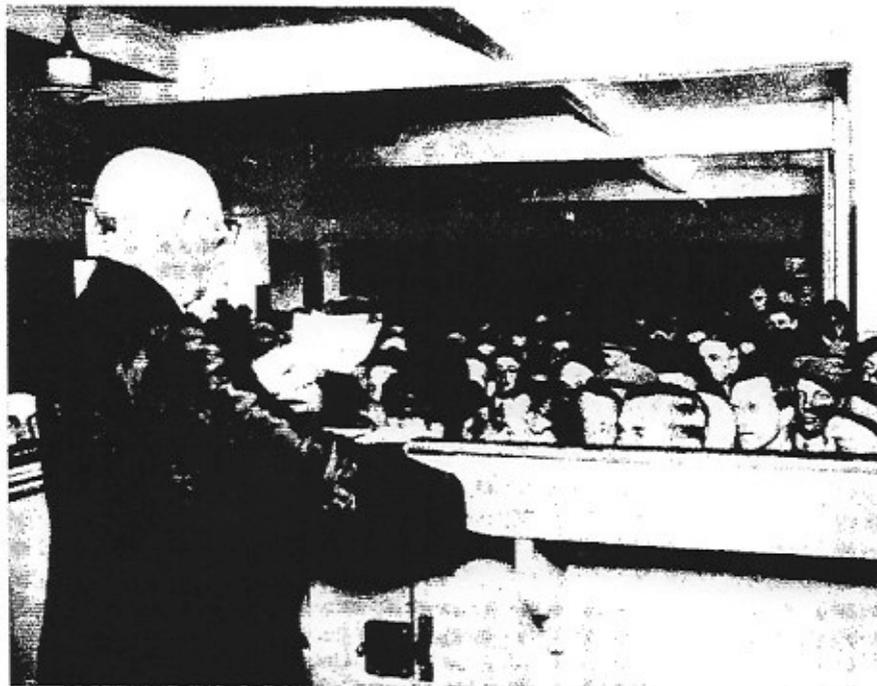
vorrats abhängig war, immer mehr kürzen, mithin ständig auch ihr Preisniveau ruckartig senken. Und so kam die sich immer mehr selbst verstärkende Krise „in alle vier Ecken der Welt“ (Haberler).

Da versuchten manche Politiker vor allem in Deutschland, dem die Siegermächte des Ersten Weltkriegs hohe Reparationen auferlegt und damit das innere Klima vergiftet hatten, auf Kosten der Wirtschaft außenpolitische Ziele zu erreichen: Der damalige deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning (im Amt: März 1930 bis Mai 1932) und sein Reichsbankpräsident Hans Luther (im Amt: März 1930 bis März 1933) haben das importierte Übel bewußt noch verschlimmert; sie haben die ohnedies durch die Außenhandels- und

tion und Beschäftigung durch eine deutsche Export-Offensive noch tiefer in die Krise zu geraten drohte, dann lieber auf ihr Geld verzichteten.

Es lief fast alles wie geplant. Die Preise deutscher Fertigwaren sanken dank der vereinten Mühe von Kanzler und Zentralbankier allein von 1929 bis 1931 um rund 12 Prozent, die vergleichbarer ausländischer Produkte dagegen nur um 5,9 Prozent. Der deutsche Export-Überschuß wuchs (bei sinkendem Handelsvolumen) explosionsartig — Ende 1931 war er um 2158 Prozent höher als zwei Jahre zuvor. Wenige Monate später wurden die Reparationen tatsächlich weitgehend gestrichen.

Nur eines trübte den mit ökonomischen Mitteln erzielten Polit-Erfolg:



Deutsche Arbeitslose 1930: Am Ende ärmer als 30 Jahre zuvor

Währungsmechanismen erzwungene Preis-Senkung noch vorsätzlich verschärft, „um die Welt selbst zu einer Initiative für Streichung der Reparationen zu zwingen“ (Brüning).

Brüning wollte mit einem derartigen „außenpolitischen Erfolg“ — wie sein Freund und Helfer Luther schrieb — den Radikalen, die den Tribut an die Sieger stets als nationale Schmach brandmarkten, „viel Wind aus den Segeln nehmen“.

Das politische Kalkül war schlicht, die ökonomische Konsequenz verheerend — wie immer, wenn der Wirtschaft aus vorgeblich übergeordneten Gründen Gewalt angetan wird: Luther und Brüning versuchten, mit forcierten Ausfuhr-Überschüssen die nötigen Devisen für die Reparationszahlungen in den Gläubiger-Ländern selber zu verdienen, und spekulierten darauf, daß die Siegermächte, deren eigene Produk-

Die deutsche Volkswirtschaft war völlig am Ende, steckte in einer noch tieferen Krise als die meisten anderen Länder. Denn Luther und Brüning hatten nicht bedacht, daß die Kosten, speziell die Lohnkosten, gar nicht so schnell fallen konnten wie die künstlich gedrückten Preise.

Die Gewerkschaften akzeptierten zwar tarifliche Lohnkürzungen, die Arbeitnehmer vereinbarten in ihren Einzelverträgen noch einmal einen Extra-Abschlag. Aber dennoch wurde Arbeit für die Firmen so teuer, daß sich immer weniger Betriebe Beschäftigte leisten konnten:

Allein von 1929 bis 1931 fielen die Stundenlöhne der Industriearbeiter nominal um 9,4 Prozent, real aber stiegen sie dank der mit den Preis-Senkungen stets wachsenden Kaufkraft der Mark um 3,4 Prozent — mitten in der tiefsten Krise auf einen nie zuvor erreichten Spitzensatz.

Erst 1932 sanken die Reallöhne wieder auf das 28er-Niveau (das wahrscheinlich für Krisen-Verhältnisse auch noch zu hoch war). Aber da war der Himmel schon eingefallen, zigtausend Betriebe und Millionen von Arbeitsplätzen waren vernichtet, die Selbstmord-Ziffern stiegen auf ihren bisherigen Jahrhundert-Rekord, und sogar die Hoffnung war tot.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß die Ereignisse der frühen 30er Jahre — die eigentlich nur bewiesen, wie ungeschickt manchmal staatliche Stellen das Geldwesen und ein relativ simples Außenhandels- und Währungs-System handhaben — das noch bis gestern erhaltene fast blinde Vertrauen in die wirtschafts- und konjunkturpolitische Weisheit von Politikern und Bürokraten erst schufen und festigten.

Denn aus einer sorgfältigen Analyse des Briten John Maynard Keynes, eines sehr angesehenen Ökonomen, Versicherungsmanagers und erfolgreichen Börsianers, von damals haben dessen Epigonen die heutigen schlichten Konjunkturrezepte gebraut. Keynes war seinerzeit „etwas skeptisch“, ob ein sehr tiefer Konjunkturreinbruch von der Art der Weltwirtschaftskrise schnell genug durch einen bloßen Umschwung der Geldpolitik zu bessern sei, und empfahl deshalb, der Fiskus möge das endlich neu zu schaffende Geld durch erhöhte Ausgaben in Umlauf bringen.

Daraus schließen manche Beschäftigungspolitiker von heute, bei denen die Werke von Keynes zu einer ähnlich ungelesenen Bibel wurden wie die Bücher des Karl Marx bei den Marxisten, daß auch in der jetzigen Situation jedwede Zunahme der Staatsausgaben, wie auch immer sie finanziert sein möge, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit den Arbeitsmarkt belebe. Herbert Ehrenberg, Minister für Arbeit und Sozialordnung in Bonn, behauptete jüngst sogar, daß selbst „eine Lohnerhöhung belebend“ wirke, weil sie ja schließlich auch „Zusatznachfrage“ hervorrufe.

Doch der Meister, auf den sich alle Konjunkturstrategen berufen, hatte ganz andere Dinge für wichtig gehalten. „Arbeitslosigkeit existiert“, so Keynes, „weil die Unternehmer um ihren Gewinn gebracht worden sind.“ Und: „Arbeitslosigkeit ist nur dadurch zu beseitigen, daß den Unternehmern wieder eine angemessene Gewinnspanne verschafft wird; wenn wir nicht zum Kommunismus übergehen wollen, gibt es kein anderes Rezept.“ Genau diese Mahnung haben die Beschäftigungspolitiker von heute vergessen.

Im nächsten Heft

Warum Konjunkturprogramme oft nicht wirken können — Erklärt die Ölkrise alles? — Ruiniert die Beschäftigungspolitik die Beschäftigung?